

**ONLINE-PUBLIKATION**

Institut für Gesellschaftsanalyse

**«Weiter so»  
in unsicheren Zeiten**  
Die Bundesrepublik Deutschland  
vor den Bundestagswahlen  
im September 2017

**ROSA  
LUXEMBURG  
STIFTUNG**

Politisch-strategische Analyse und die Debatte einer sozialistischen Transformation bilden den Arbeitsschwerpunkt des INSTITUTS FÜR GESELLSCHAFTSANALYSE der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Es steht in der Tradition eines pluralen Marxismus, kritischer Theorie und Praxis sowie feministischer und antirassistischer Kapitalismus- und Herrschaftskritik und greift die Ergebnisse moderner empirischer und theoretischer Sozialwissenschaften auf. Derzeit gehören ihm 26 Mitarbeitende, Fellows und Postgraduierte an.

#### IMPRESSUM

ONLINE-Publikation 14/2017

wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung

V. i. S. d. P.: Henning Heine

Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · [www.rosalux.de](http://www.rosalux.de)

ISSN 2567-1235 · Redaktionsschluss: Juli 2017

Redaktion: Michael Brie, Mario Candeias

Lektorat: TEXT-ARBEIT, Berlin

Layout/Satz: MediaService GmbH Druck und Kommunikation

# «WEITER SO» IN UNSICHEREN ZEITEN DIE BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND VOR DEN BUNDESTAGSWAHLEN IM SEPTEMBER 2017<sup>1</sup>

Zwei Monate vor den Bundestagswahlen zeigt sich: Anders als in vielen Ländern der Europäischen Union stehen in der Bundesrepublik Deutschland die Zeichen auf Kontinuität. Die politischen und wirtschaftlichen Eliten haben es hier während und nach der Finanz- und Wirtschaftskrise sowie der Krise der Europäischen Währungsunion nach 2008 vermocht, größere Zusammenbrüche der deutschen Wirtschaft zu vermeiden und für Stabilität zu sorgen. Es gab eine Reihe von «Schocksituationen»: die Bankenkrise unmittelbar 2008/09, die Krisen des Systems der Eurozone (Zypern, Spanien, Portugal und vor allem Griechenland) nach 2010 und die politische Krise, ausgelöst durch die sprunghaft ansteigende Zahl von Geflüchteten aus Kriegsgebieten im Norden Afrikas sowie im Nahen und Mittleren Osten 2015/16. In allen Fällen wurde eine flexible Politik zur Verhinderung eines unmittelbaren Zusammenbruchs der wichtigsten politischen und wirtschaftlichen Institutionen mit mittel- und langfristigen Maßnahmen verknüpft, die eine Fortsetzung und Festigung der bisherigen neoliberalen Politik erlauben. Vom Standpunkt der Eliten der Bundesrepublik Deutschland aus betrachtet ist dies ein unbestreitbarer Erfolg.

Es ist aber offen, ob diese Politik auch langfristig fortgesetzt werden kann oder ob sie den Boden für noch größere Krisen bereitet hat, die ein «Weiter so» unmöglich machen. Im Folgenden soll erstens ein kurzer Rückblick auf die Entwicklung der Bundesrepublik seit 1990 geworfen werden. Zweitens wird auf die Situation Deutschlands im europäischen und geopolitischen Kontext eingegangen, um die zentralen Herausforderungen für die Linke zu skizzieren. Drittens wird der bisherige Wahlkampf dargestellt und der mögliche Ausgang der Bundestagswahlen skizziert. Viertens geht es um die strategische Orientierung der Partei DIE LINKE über die Bundestagswahlen hinaus.

## 1 DER POLITISCHE KONTEXT: INSTABILE STABILITÄT

Die Bundesrepublik Deutschland ist im letzten Jahrzehnt zur führenden politischen und ökonomischen Macht in der Europäischen Union aufgestiegen. Die durch die hohen Kosten der Vereinigung der beiden deutschen Staaten entstandenen Belastungen sind weitgehend bewältigt worden. Seit Ende der 1990er Jahre hat sich die Wirtschaft Deutschlands konsolidiert. Der starke Exportsektor (mit den Schwerpunkten Automobilindustrie, Maschinenbau und chemische Industrie) begann erneut zu expandieren. Die Exportquote (Verhältnis von Exporten zum Bruttosozialprodukt) liegt bei 46 Prozent, verglichen mit 30 Prozent in Frankreich oder Großbritannien, also Ländern ähnlicher Größe). 2016 hatte Deutschland einen Leistungsbilanzüberschuss von 8,5 Prozent. Es wird also Kapital in historischer Größenordnung exportiert und viele Länder verschulden sich in der Konsequenz gegenüber Deutschland. Internationale Wirtschaftsorganisationen kritisieren die zu geringe Investitionsquote in Deutschland und die zu niedrigen Löhne und Gehälter vor allem im Dienstleistungsbereich. Dies geht insbesondere zulasten von Frauen.

Die Zahl der Beschäftigten in Deutschland hat einen historischen Höchststand erreicht. Die offizielle Arbeitslosigkeit liegt nur noch bei knapp 6 Prozent. Die neoliberalen Arbeitsmarkt- und Sozialreformen unter der von Kanzler Gerhard Schröder (SPD) angeführten rot-grünen Bundesregierung haben eine Welle der Rationalisierung und Flexibilisierung in Gang gesetzt. Ein Ergebnis davon: Es gibt immer mehr prekäre Arbeitsverhältnisse (Teilzeit, Scheinselbstständigkeit, Leiharbeit usw.). Deutschland hat heute mit einem Anteil von 23 Prozent Geringverdienern an allen Beschäftigten nach Litauen den größten Niedriglohnsektor in der EU. Viele müssen, um über die Runden zu kommen, trotz Vollerwerbstätigkeit Zuschüsse vom Arbeitsamt beziehen. Das Rentenniveau wurde drastisch gesenkt. Das traditionelle «Wohlfahrtsmodell» Deutschland mit seinem gesellschaftsumfassenden Sozialvertrag zwischen Kapital und Gewerkschaften wurde aufgekündigt. Die Kooperation beider Seiten, soweit sie noch vorhanden ist, verlagerte sich auf die Unternehmen bzw. den Exportsektor.

Seit 2005 wird die Bundesregierung von Angela Merkel und der CDU/CSU geführt. War Angela Merkel 2005 im Wahlkampf noch mit einem ausgeprägt neoliberalen Programm angetreten, hat sie aus der damaligen Beinahe-Niederlage die Schlussfolgerung gezogen, sich weitgehend auf ein sehr flexibles «Weiter so» zu verlassen. Die wesentlichen neoliberalen Reformen wurden beibehalten und zum Teil ausgebaut, zugleich werden ihre

<sup>1</sup> Der folgende Text richtet sich vornehmlich an eine internationale Leserschaft, um ihr einen Eindruck von den aktuellen Entwicklungen im Vorfeld der Bundestagswahlen 2017 in Deutschland zu vermitteln. Übersetzte Fassungen in englischer und spanischer Sprache sind unter [www.rosalux.de](http://www.rosalux.de) abrufbar.

konkreten Folgen je nach politischer Konjunkturlage abgefedert oder weiter verschärft. International hat die jetzige Bundesregierung Deutschland als mittlere Macht mit europäischer und auch globaler Verantwortung positioniert. Sehr erfolgreich ist sie dabei auf dem Feld der sogenannten Energiewende. Die Bundesrepublik vermeidet es bislang, sich an offensiven militärischen Interventionen zu beteiligen, die Bundeswehr nimmt aber an vielen internationalen militärischen Operationen (Afghanistan, Mali, Kosovo, Anti-IS-Einsatz usw.) teil. Insgesamt sind knapp 3.200 deutsche Soldatinnen und Soldaten in solchen Missionen aktiv.

Die konservativen Schwesterparteien CDU/CSU haben seit 2005 zweimal mit der SPD eine Große Koalition gebildet (2005 bis 2009 und 2013 bis 2017). Von 2009 bis 2013 gab es eine Koalition mit der FDP, einer liberalen Partei, die aber seit 2013 aufgrund von starken Stimmverlusten nicht mehr im Bundestag vertreten ist. Diese Konstellationen boten eine solide Basis dafür, die neoliberale Politik fortzusetzen, bei gleichzeitiger Anpassung und Weiterentwicklung. So wurde nach dem Reaktorunfall von Fukushima 2011 der Atomausstieg beschlossen. Der Ausbau der erneuerbaren Energien wird fortgesetzt, wenn auch in abgebremster Form. Der Anteil von Braunkohle an der Energieerzeugung ist unverändert hoch. Die SPD konnte in der gegenwärtigen Regierung eine Reihe von sozialpolitischen Verbesserungen durchsetzen, darunter die Einführung eines Mindestlohns und die Abschwächung von Härten beim Renteneinstieg. Investitionen in die Pflege und die frühkindliche Bildung wurden ausgebaut. Die parteipolitische Basis der jetzigen Politik ist groß. Sie umfasst mit Ausnahme der Partei DIE LINKE und der AfD alle Parteien, die in Umfragen hinsichtlich der im September anstehenden Bundestagswahlen bei über fünf Prozent liegen.

Innere Sicherheit sowie die gesellschaftliche Integration von Zugewanderten sind zum wichtigsten Konfliktfeld in der öffentlichen Diskussion geworden und haben das Thema soziale Gerechtigkeit auf Platz zwei verdrängt. Im Jahr 2015/16 kamen rund eine Million Geflüchtete nach Deutschland. Vor dem Hintergrund von Staatenzerfall und Bürgerkriegen im Nahen und Mittleren Osten sowie Nordafrika und eines krassen Reichtumsgefälles in Europa und vor allem zwischen Europa und Afrika sowie Westasien nehmen die Sorgen in der deutschen Bevölkerung hinsichtlich der damit verbundenen Folgen zu. Islamophobe Bewegungen haben an Stärke gewonnen. Terror gegen Flüchtlinge und Terror im Namen des Islams schaffen ein Klima von Unsicherheit und Angst. Dies verbindet sich mit der Verunsicherung vieler Arbeiterinnen und Arbeiter angesichts der negativen Auswirkungen einer neoliberalen Globalisierung und Wettbewerbspolitik. Es kommt zu rassistischen Ausgrenzungstendenzen in der Mitte der Gesellschaft. In Deutschland haben die Bewegung Pegida («Patrioten gegen die Islamisierung des Abendlandes») und die Partei AfD («Alternative für Deutschland») diese Tendenzen artikuliert. Es sind keinesfalls primär die sozial Schwachen, die sich diesen Organisationen anschließen. Zugleich ist ein Zehntel der Bevölkerung in der Solidaritäts- und Unterstützungsarbeit für Flüchtlinge aktiv und drei Viertel können sich diesbezüglich ein persönliches Engagement vorstellen. Die Mehrheit der in Deutschland Lebenden befürwortet die Aufnahme von Geflüchteten und begreift diese als Hilfe für Menschen in existenzieller Not. Als Problem wird vor allem gesehen, dass die Nachfrage nach Wohnraum durch Zuwanderung weiter zunimmt und die Politik viel zu wenig tut, um gegen die schnell steigenden Mieten in Ballungsräumen vorzugehen.

80 Prozent der Bürgerinnen und Bürger der Bundesrepublik bewerten die allgemeine wirtschaftliche Lage Deutschlands und ihre persönliche finanzielle Situation positiv. Dies ist ein Spitzenwert im zeitlichen Vergleich und innerhalb der EU. Unbehagen bereitet den Menschen vor allem die wachsende Ungleichheit sowie deren negative wirtschaftliche Implikationen. Forderungen an den Staat, mehr soziale Gleichheit und eine öffentliche Daseinsvorsorge (Bildung, Gesundheit, Rente, Pflege, Energie, Transport usw.) zu gewährleisten, erfahren seit Jahren auf hohem Niveau eine stabile Unterstützung. Angesichts von hohen Haushaltsüberschüssen steht derzeit im Zentrum der Erwartungen an die Politik, Haushalte mit niedrigem und mittlerem Einkommen steuerlich zu entlasten. Höhere Einkommen und Vermögen dagegen sollten nach Mehrheitsansicht stärker belastet werden, um vor allem Investitionen in die Zukunft zu tätigen, ohne neue Schulden machen zu müssen. Der Beschluss Großbritanniens, die EU zu verlassen, hat in Deutschland die Unterstützung für eine Politik der Stärkung der EU erhöht. Zugleich wird erwartet, dass Regulierungen durch EU-Institutionen, die als zu bürokratisch gelten, abgebaut werden. Das Bewusstsein, dass die europäische Integration für Deutschland notwendig und nützlich ist und diese größere Anstrengungen und Aufwendungen erfordert, ist gewachsen. Es gibt in der Bevölkerung nur eine relativ geringe Befürwortung von Militäreinsätzen, nur für den Fall von akutem Völkermord oder einer Bedrohung der EU spricht sich eine Mehrheit dafür aus. Die Ablehnung von Waffenexporten ist hoch.

## 2 DIE ROLLE DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND IN DER EUROPÄISCHEN UNION UND IM INTERNATIONALEN KONTEXT

Nach der 1990 erfolgten Vereinigung der beiden deutschen Staaten wurde die schon in den Jahrzehnten zuvor verfolgte Politik einer intensivierten Marktintegration der EU durch die Währungsunion verstärkt. Der verschärfte offene Standortwettbewerb innerhalb der Union war aber nicht mit einem hinreichenden Ausbau der solidarischen Institutionen der EU und einer Harmonisierung der Steuer-, Finanz- und Wirtschaftspolitik verbunden. Da die EU ab 2004 zudem um viele Staaten aus Mittel-, Ost- und Südosteuropa erweitert wurde, ist eine Gemeinschaft mit erheblichen Ungleichgewichten entstanden, die zum Teil immer massiver werden. Der Umfang des EU-Haushalts beträgt weiterhin nur etwa 1,2 Prozent des Bruttosozialprodukts der Mitgliedsländer, was unter den heutigen Bedingungen völlig unzureichend ist. Die verschiedenen Regierungen der Bundesrepublik haben die Illusion verbreitet, eine Erweiterung und Vertiefung der EU seien ohne größere Ausgleichsanstrengungen, darunter die solidarische Unterstützung der schwächeren Mitglieder, möglich. Jeder Staat wurde vor allem für die eigene Wettbewerbsfähigkeit und Haushaltskonsolidierung haftbar gemacht. Dadurch stieg die Jugendarbeitslosigkeit in Griechenland oder Spanien auf 40 Prozent und mehr. Es kam zum Abbau elementarster sozialer Sicherungssysteme (bei der Alters-, Gesundheits- und Wohnraumversorgung). In der Konsequenz driften die ökonomische und politische Entwicklung vieler Mitgliedsländer auseinander. In einigen werden demokratische Mindeststandards verletzt, Standards, die Bedingung für die Aufnahmen in die EU waren (Rechtsstaat, Gewaltenteilung, Anerkennung der UN-Flüchtlingskonvention usw.). Die EU versucht, mit einer Kombination aus Abschreckung (Einrichtung von Lagern für Geflüchtete, verstärkte Abschiebungen), Abgrenzung (Ausbau von Sperranlagen und Kontrollen) sowie Abkommen mit den Regierungen der Transit- und Herkunftsländer die Zahl jener, die den Boden der EU erreichen, deutlich zu verringern.

Der Widerspruch zwischen neoliberaler Marktintegration und Ansätzen der Demokratisierung und Stärkung der Rechtsstaatlichkeit über Vorgaben der EU hat sich weiter verschärft. Zwar wurden einige funktionale Defizite der Währungsunion abgebaut, aber keine wirklich solidarischen Mechanismen der gegenseitigen Haftung und Unterstützung entwickelt. Die Währungsunion wurde damit zu einem repressiven, außerdemokratischen Mittel zur Durchsetzung einer neoliberalen Politik: angefangen bei sozialen Kürzungen über die Privatisierung und den Ausverkauf nationalen Eigentums an internationale (auch deutsche) Großkonzerne bis hin zur Stärkung des Finanzkapitals. Die Dominanz Deutschlands als stärkste Wirtschaftsmacht hat sich weiter gefestigt. Ein wirksamer Widerstand linker Bewegungen und Parteien auf europäischer Ebene ist ausgeblieben. Die Linke hat es zu keiner Zeit vermocht, die Tagesordnung der Integration wesentlich zu beeinflussen. Dies zeigte sich vor allem in der Finanz- und Wirtschaftskrise.

Nach dem Sieg des sozialliberalen Kandidaten Emmanuel Macron und seiner Partei bei den Wahlen in Frankreich sowie unter dem Druck des Brexit kann es in den nächsten Jahren zu Anpassungen in der Politik der EU kommen, um die genannten Probleme abzuschwächen und sukzessive zu bearbeiten. Dabei wird sich auch zeigen, ob die nach 2008 ergriffenen Maßnahmen, um das Finanzsystem sicherer zu machen, ausreichen werden. Kritiker werfen dieser Politik vor, dass viele Banken immer noch zu groß sind, das System der Schattenbanken nicht eingedämmt worden und die EU-Bankenunion unzulänglich geblieben ist. Ein Teil der Staatsschulden von Krisenländern hätte erlassen werden müssen. Zum ersten Mal sind im Gefolge einer Finanzkrise die Vermögen des oberen Zehntels der Gesellschaft und der Superreichen deutlich gestiegen. Die Verluste hat allein die Mehrheitsgesellschaft (die 99 Prozent) getragen. Eine erneute und noch schärfere Finanzkrise ist möglich. Privatisierung, Finanzialisierung und Ansätze neuer Deregulierung vergrößern diese Gefahr. Innerhalb der Eliten wächst gegenwärtig das Bewusstsein, dass eine solche Entwicklung nur verhindert werden kann, wenn über die autoritär-repressive Durchsetzung neoliberaler Regeln hinaus auch die Investitionen gestärkt werden. Derzeit sind Ansätze einer gemeinsamen Wirtschafts- und Strukturpolitik, der Ausbau der Infrastruktur und die Förderung der Entwicklung strukturschwacher Länder im Gespräch. Offen ist, ob dazu auch die Verträge der Europäischen Union verändert werden.

Auf jeden Fall wird versucht, die militärische Achse der EU zu stärken und die Militärausgaben zu erhöhen. Derzeit wird ein militärisches Planungs- und Führungszentrum aufgebaut. Ende November 2016 legte die EU-Kommission außerdem Pläne für einen europäischen «Verteidigungsfonds» vor, der gemeinsame Investitionen in Forschung und Entwicklung von «Verteidigungstechnologien» (z. B. Elektronik, Metawerkstoffe, verschlüsselte Software und Robotertechnik) und eine gemeinsame Rüstungsbeschaffung fördern soll. Alle Maßnahmen in der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik sollen automatisch auch die NATO stärken bzw. deren Aufgabenspektrum ergänzen.

Die nach 1990 betriebene Politik der Ostausdehnung von NATO und EU hat dazu geführt, dass gesamteuropäische Formen der Kooperation und gemeinsamen Entwicklung unter Einbeziehung von Russland, Kasachstan und den Kaukasusstaaten schwach geblieben sind. Die EU erwies sich so als ein imperiales Projekt mit demokra-

tischen Zügen und wirtschaftlicher Ausstrahlung. Zugleich wurde vor allem von der russischen Regierung diese Ausdehnung als Bedrohung und als Versuch empfunden, das eigene Land zu isolieren. Russland hat darauf in den letzten Jahren wiederum mit einer Politik der militärischen Stabilisierung und gezielten Einbindung von Staaten in den postsowjetischen Raum reagiert, die ihrerseits imperiale Züge trägt. Den Umstürzen in der Ukraine, bei denen die USA und die EU deutlich intervenierten, der Annexion der Krim durch Russland und den Kämpfen in der Ostukraine begegnet die EU (unter der Führung von Deutschland und Frankreich) mit einer Kombination aus konfrontativen und strafenden Maßnahmen, wie der Verhängung eines Embargos, und Bemühungen zur Stilllegung der Konflikte. Noch ist daraus keine neue wirksame Ostpolitik entstanden, die zu wirklicher Entspannung und Kooperation führen würde. Weiterhin überwiegen Ansätze militärischer und politischer Konfrontation. Mit der Wahl von Donald Trump in den USA im November 2016 hat sich eine schon lange abzeichnende Entwicklung verstärkt: Die EU wird in Zukunft nicht länger selbstverständlich unter der wohlwollenden imperialen Patronage der Vereinigten Staaten stehen. Die sicherheitspolitischen, wirtschaftlichen und allgemeinen politischen Interessen beider Machtblöcke laufen immer weiter auseinander. Es waren gerade die Militärinterventionen der USA, die die Nachbarregionen der EU in Brand gesetzt haben oder deren Konflikte eskalieren ließen. Die Politik der Okkupation oder des Regimewechsels in Afghanistan, im Irak, in Libyen, in Syrien und in der Ukraine sowie der Konfrontationskurs der USA gegenüber dem Iran haben eine Situation erzeugt, die die EU unter enorme Handlungszwänge setzt. Die bewusste Anheizung des Konflikts zwischen Saudi-Arabien und dem Iran durch die Trump-Regierung und die weitere massive Aufrüstung der Region stellen die Sicherheit der EU infrage. Viele ihrer Mitgliedstaaten haben die Politik der USA in der Vergangenheit offen unterstützt bzw. geduldet. Dies könnte sich jetzt ändern. In der deutschen Bevölkerung rangiert die USA mittlerweile weit hinter China, wenn es um die Einschätzung geht, welches Land heute noch ein vertrauenswürdiger Partner ist. Noch gibt es keine überzeugenden strategischen Antworten auf die veränderte internationale Lage.

### **3 DIE PARTEIENLANDSCHAFT VOR DEN BUNDESTAGSWAHLEN 2017**

Das Jahr 2017 begann mit einer politischen Überraschung: Der bisherige Vorsitzende der SPD, Sigmar Gabriel, verkündete seinen Rückzug vom Amt, und der frühere Präsident des Europäischen Parlaments, Martin Schulz, trat als Kanzlerkandidat der SPD an. Er wurde mit 100 Prozent der Stimmen zum neuen Vorsitzenden der SPD gewählt. Kurzzeitig hatte die SPD die CDU/CSU in Wahlumfragen überholt und Martin Schulz auf der Beliebtheitskala vor Angela Merkel gelegen. Viele jüngere Bürgerinnen und Bürgern wandten sich der SPD zu. Plötzlich keimte die Hoffnung auf einen Politikwechsel auf. Martin Schulz hatte soziale Gerechtigkeit in den Vordergrund seiner ersten Wahlkampfauftritte gestellt und auch die Rücknahme von Elementen der neoliberalen Reformen des SPD-Kanzlers Gerhard Schröder zugesagt. In wenigen Monaten aber kehrte sich die Stimmung wieder um. Erreichte die SPD bei Umfragen im April dieses Jahres noch 32 Prozent, sind es jetzt 25 Prozent. Zum einen war der Führungswechsel in der SPD offenkundig nicht hinreichend inhaltlich vorbereitet. Zum anderen bleiben die Differenzen zur jetzigen Politik hinter den Erwartungen vieler Bürgerinnen und Bürger zurück. Bei drei Landtagswahlen im Frühjahr 2017 musste die SPD empfindliche Niederlagen hinnehmen, die ihrem Ansehen sehr geschadet und ihre Chancen bei der Bundestagswahl nachhaltig verringert haben dürften. Erst mit einem halben Jahr Verspätung wurde deutlich, mit welchem Programm die SPD unter Martin Schulz antreten will. Im Zentrum stehen dabei die Stabilisierung der Rente (aber keine Rücknahme der erfolgten Rentenkürzungen), die steuerliche Entlastung unterer und mittlerer Einkommen, der Übergang zu einer Bürgerversicherung im Gesundheitssektor, der Ausbau der Kinderbetreuung und des Bildungswesens sowie die Stärkung der Investitionen in Wissenschaft und Forschung. Für die Eurozone ist eine Wirtschaftsregierung vorgesehen, in der EU sollen Ansätze des solidarischen Ausgleichs gestärkt werden. Wesentliche Punkte dieser Agenda könnten auch Teil der Vereinbarung einer Großen Koalition sein. Angela Merkel hat in der Vergangenheit ihre hohe Flexibilität in diesen Fragen bewiesen und sich im Konfliktfall auch gegenüber ihrer eigenen Partei durchgesetzt. Es erscheint unrealistisch, dass es der SPD noch gelingen wird, sich vor der CDU/CSU zu platzieren. Die übergroße Mehrheit traut Martin Schulz und der SPD dies nicht mehr zu. Das von ihm verantwortete Wahlprogramm der SPD ist das eines «Weiter so» mit verstärkten sozial- und friedenspolitischen Akzenten und Vorschlägen, die auf eine weitere Integration Europas abzielen. Der anfänglich erwartete Bruch mit der neoliberalen Agenda von Kanzler Schröder ist ausgeblieben, ein wirklicher Konflikt wird nicht gewagt und eine breite Mobilisierung der Lohnarbeitenden unter Einschluss sozialer Bewegungen von links findet nicht statt. Vorschläge, den Schutz gegen die Folgen von Arbeitslosigkeit und Weiterbildungsangebote auszuweiten, verdichten sich nicht zu einem wirklichen Aufbruch, wie ihn Bernie Sanders in den USA oder Jeremy Corbyn in Großbritannien verkörpert haben.

Der CDU/CSU ist es in den letzten Monaten sehr gut gelungen, der Herausforderung durch die «Alternative für Deutschland» zu begegnen. Die rückläufigen Zahlen von Geflüchteten, die nach Deutschland kommen, eine restriktivere Politik gegenüber Asylsuchenden, der relative Erfolg der im In- und Ausland ergriffenen Maßnahmen – wie etwa der sogenannte Flüchtlingsdeal mit der türkischen Regierung – haben dazu beigetragen. CDU/CSU konnten in Wahlumfragen seit Anfang des Jahres 2017 um 6 Prozent zulegen und kommen derzeit auf 39 Prozent. Sie setzen vor allem auf die Themen steuerliche Entlastung, mehr öffentliche Investitionen und innere Sicherheit. Dies entspricht ihrem Image als liberal-konservative Partei.

Die FDP hatte 2013 erstmalig den Einzug in den Bundestag verfehlt. Mittlerweile hat sie sich unter ihrem Vorsitzenden Christian Lindner wieder stabilisiert. Es gelang ihr, erneut in eine Reihe von Landtagen einzuziehen. Mit hoher Wahrscheinlichkeit wird es der FDP auch bei den anstehenden Bundestagswahlen gelingen, die 5-Prozent-Hürde zu überwinden. Bei Umfragen liegt sie gerade zwischen 7 und 10 Prozent. Damit könnte auch erneut eine Koalition zwischen CDU/CSU und FDP (ggf. unter Einschluss der Grünen) möglich werden. Die FDP konzentriert sich auf den Aufbau eines Images als Partei der Modernisierer und wirtschaftlichen Erneuerer. Sie hat das Thema Bildung und der Digitalisierung in den Vordergrund gestellt. Sie will als Zukunftspartei und der individuellen Freiheit wahrgenommen werden. Fragen der steuerlichen Entlastung sind weiterhin wichtig, aber nicht mehr zentral. Sie will vermeiden, wieder als Partei der «Besserverdienenden» aufzutreten. In der EU drängt sie auf eine scharfe Austeritätspolitik gegenüber den Schuldnerländern. Die Anforderungen an Migranten will sie deutlich erhöhen.

Während die FDP eine Revitalisierung zu gelingen scheint, sieht sich die Partei Die Grünen einer Situation gegenüber, in der immer häufiger die Frage nach ihrem politischen Gebrauchswert gestellt wird. Vor einem Jahr hatte sie noch Umfrageergebnisse von bis zu 14 Prozent. Jetzt sind es zwischen 7 und 8 Prozent. Zum einen ist eine Politik der grünen Modernisierung bis weit ins Lager der CDU/CSU hinein in der Bundesrepublik inzwischen Konsens, auch wenn die Forderungen der Grünen in vieler Hinsicht weiter gehender sind als die der Konservativen, Sozialdemokraten oder Liberalen. Der Umstieg auf erneuerbare Energien soll wieder beschleunigt und die Massentierhaltung beendet werden. Wie die SPD fordern die Grünen die Einführung einer Bürgerversicherung im Gesundheitssektor. Weiter gehende Maßnahmen verlangen sie bei der Regulierung des Finanzsektors. Forderungen nach einer umfassenden Umverteilung zur Finanzierung der sozialökologischen Umgestaltung der Gesellschaft, wie sie 2013 noch das Wahlprogramm prägten, sind dagegen zurückgenommen worden. Anders als 2013 arbeiten die Grünen diesmal einer möglichen Koalition mit der CDU/CSU zu. Sie erscheinen als Scharnierpartei mit ökologischem Schwerpunkt. Dies reicht, um ihre Kernwählerschaft zu binden, führt aber gegenwärtig nicht darüber hinaus.

CDU/CSU, SPD, FDP und Grüne verfügen über hinreichende Schnittmengen, um in sehr unterschiedlichen Konstellationen Regierungsbündnisse einzugehen. Diese werden es erlauben, die gegenwärtige Politik mit hoher Richtungskonstanz fortzusetzen und je nach Zusammensetzung der Koalition zugleich die Schwerpunkte in die eine oder andere Richtung zu verschieben. Der von SPD, FDP oder auch Grünen versprochene «Politikwechsel» wird sich auf einzelne Felder konzentrieren. Es wird ein «Politikwechsel light» sein. Der Führungsanspruch der CDU/CSU ist durch die jüngsten Landtagswahlen gestärkt worden. Die Position von Angela Merkel erscheint nach nun fast zwölf, teilweise sehr krisenhaften Jahren wieder weitgehend unangefochten. Zugleich zeigen der kurzzeitige Aufstieg der Piratenpartei und dann der AfD sowie die großen Umfrageschwankungen im Frühjahr 2017, dass der gesellschaftlich-politische Untergrund des deutschen Parteiensystems großen Spannungen ausgesetzt ist. Die relativ gute wirtschaftliche Lage Deutschlands insgesamt und großer Teile der Bevölkerung haben bislang nur verhindert, dass diese Spannungen nicht offen ausbrechen. Neue Krisen und jähe Wendungen können alle Vorhersagen jederzeit über den Haufen werfen.

Der Aufstieg der AfD als nationalkonservative Partei begann in etwa zeitgleich mit der Finanz- und Wirtschaftskrise. Schnell bildeten sich in der Partei zwei Flügel heraus: Während der nationalliberale Flügel, der auf eine Rückkehr zur D-Mark und eine neoliberale Wirtschaftspolitik setzte, an Einfluss verlor, konnte sich ein Bündnis aus rechtspopulistischen, nationalkonservativen und rassistischen Strömungen festigen. Enge Beziehungen bestehen bei Teilen der Partei zu islamophoben Bewegungen und zu neofaschistischen Gruppen, die offen Gewalt gegen Geflüchtete und Asylbewerberheime sowie linke und andere demokratische Politikerinnen und Politiker befürworten. Die zukünftige Strategie der Partei ist offen. Gerade weil einige Anliegen des rechtspopulistischen Flügels von der herrschenden Politik aufgegriffen wurden, gibt es verstärkt Tendenzen, das rassistische und islamophobe Profil zu schärfen. Dies stößt aber auf Akzeptanzprobleme, auch in Teilen der bisherigen Wählerschaft. Die personellen und inhaltlichen Konflikte in der AfD führen dazu, dass sie anders als CDU/CSU gegenwärtig deutlich weniger Bürgerinnen und Bürgern als wählbar erscheinen. Der bundesweite Zuspruch zur AfD hat sich gegenüber dem Sommer 2016 halbiert: Bei Wahlumfragen kommt sie derzeit auf 7 Prozent.

Es hat aus dem rechten Parteispektrum heraus in der Bundesrepublik in den letzten Jahren heftige Angriffe auf Elemente der Gleichstellungspolitik, das Recht auf sexuelle Selbstbestimmung und andere Errungenschaften der Kämpfe der Frauen- sowie der Queer- und Transgender-Bewegung gegeben, verbunden mit dem (Wieder-)

Erstarken rassistischer Ressentiments, die sich nicht nur gegen Geflüchtete richten. Es zeigen sich hier die rechtsextremen völkischen Vorstellungen einer «weißen volksdeutschen» Gesellschaft. Zeitgleich ist es zu einer verstärkten Mobilisierung eines nicht parteiförmig organisierten Spektrums fundamentalistisch-religiöser (insbesondere konservativ-christlicher) Zusammenhänge aus der Zivilgesellschaft gekommen, die antifeministische Positionen vertreten, konservative Familienformen propagieren sowie das Recht von Frauen auf Abtreibung bestreiten.

## **4 ZUR ROLLE DER GEWERKSCHAFTEN**

Die Macht der deutschen Gewerkschaften ist vor allem im Dienstleistungsbereich durch Privatisierungen, Austeritätspolitik, Branchenumstrukturierungen, die Ausweitung prekärer Beschäftigung und aggressive Arbeitgeberstrategien massiv geschwächt worden. Sozialpartnerschaftliche Aushandlungsprozesse finden vielerorts nicht mehr statt. Zahlreiche Auseinandersetzungen und Streiks der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di sind im Grunde Abwehrkämpfe, wie etwa der große Arbeitskampf gegen Auslagerungen bei der Post (2015) oder der monatelange Streik im Einzelhandel (2013). Anders sieht das allerdings bei den Krankenhäusern aus, in denen, bedingt durch die zunehmende Kommerzialisierung des Gesundheitssektors, Streiks des Pflegepersonals nunmehr ökonomischen Druck ausüben können. Wenn beispielsweise im Vorfeld eines Streiks Patienten für geplante chirurgische Eingriffe nicht aufgenommen werden können, entgehen Krankenhäusern damit erhebliche Einnahmen. Auseinandersetzungen um den eklatanten Personalmangel in der Pflege haben in einer der größten Kliniken Deutschlands, in der Charité Berlin, im April 2016 zum Abschluss eines Tarifvertrags geführt, in dem erstmalig eine Mindestbesetzung geregelt ist. Dieser erfolgreiche Kampf stieß auf große Resonanz bei den Pflegebeschäftigten sowie in der Bevölkerung, woraufhin ver.di eine Tarifrunde für mehr Personal im Krankenhaus startete. Im Sommer 2017 sind hier bundesweite Aktivitäten zu erwarten, die im Vorfeld der Bundestagswahl auch Druck hinsichtlich einer gesetzlichen Personalbemessung ausüben werden.

Die IG Metall vertritt vor allem die Beschäftigten in den klassischen Exportindustrien, in denen trotz Auslagerungen, Trends hin zu mehr prekärer Beschäftigung, sinkender Tarifbindung und betrieblichen Absenkungstarifverträgen sozialpartnerschaftliche Aushandlungsprozesse immer noch vorherrschen. Der letzte flächendeckende Streik in der Metall- und Elektroindustrie fand im Jahr 2003 mit dem Ziel statt, die 35-Stunden-Woche – die in Westdeutschland seit den 1980er Jahren gilt – endlich auch in Ostdeutschland einzuführen. Der Streik endete mit einer Niederlage. Vor der letzten Tarifrunde in der Metall- und Elektroindustrie im Jahr 2016 entwickelte die IG Metall allerdings ein neues Arbeitskampfkonzept, das die Ausweitung von Warnstreiks auf bis zu 24 Stunden vorsieht. Damit eröffnet die IG Metall die Möglichkeit, eine weitere Eskalationsstufe zwischen eher symbolischen Warnstreiks und Vollstreiks einzuziehen. In der Tarifrunde in der Metall- und Elektroindustrie für das Jahr 2018 – in der es bezeichnenderweise auch um Arbeitszeiten gehen wird – wird sich zeigen, ob diese Kampfmaßnahme zur Anwendung kommen wird.

Die deutschen Gewerkschaften zeichnen sich durch eine traditionell starke Nähe zur Sozialdemokratie aus, wobei das Verhältnis durch die beschäftigten- und gewerkschaftsfeindliche Politik der SPD-geführten Bundesregierung (Stichwort: Agenda 2010) und die Gründung der Partei DIE LINKE im Jahr 2007 zwischenzeitlich distanzierter geworden ist. Im Zuge der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/09 bemühte sich die schwarz-rote Regierung stärker, über die Zahlung von Kurzarbeitergeld, Prämien für den Autokauf etc. Teile der Gewerkschaften in ihre Krisenbewältigungsstrategien einzubinden (Stichwort: Krisenkorporatismus). Dass ihr das in Bezug auf die Industriegewerkschaften gelungen ist, zeigt sich auch an dem im Jahr 2015 von IG Metall, dem Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) und der Bundesregierung ins Leben gerufenen Bündnis «Zukunft der Industrie», das sich die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Deutschland und die Förderung von Investitionen zum Ziel gesetzt hat und später um die kleineren Industriegewerkschaften erweitert wurde.

Grundsätzlich ist in allen Gewerkschaften derzeit wieder eine stärkere Hinwendung zur SPD zu registrieren. Allerdings konnte DIE LINKE im Kreis der mittleren, eher jüngeren Funktionäre Fuß fassen und stößt in einigen Branchen, in denen sie sich engagiert in Arbeitskämpfe einbrachte, auch im Bereich der betrieblichen Aktiven auf eine überdurchschnittlich große Zustimmung.

## **5 DIE PARTEI DIE LINKE IM WAHL- UND RICHTUNGSKAMPF**

Aus europäischer Sicht ist DIE LINKE in Deutschland ein Erfolgsprojekt. Ihre Quellparteien sind zum einen die frühere PDS (Partei des Demokratischen Sozialismus), die aus der staatskommunistischen Partei der DDR (SED) heraus entstanden ist, und zum anderen die WASG (Wahlalternative Arbeit & soziale Gerechtigkeit), in

der sich 2004 in Reaktion auf die neoliberale Wende der SPD linke Sozialdemokraten, sozialistische Intellektuelle und (Gewerkschafts-)Aktivistinnen zusammengeschlossen haben.

Die Partei DIE LINKE ist die einzige Partei in Europa mit ost- und westeuropäischer Geschichte. In ihr mussten sich Linke in Ost und West mit den eigenen Fehlern und Irrtümern der Vergangenheit auseinandersetzen. Sie war in der Lage, sich im Prozess der Parteibildung programmatisch und strategisch neu auszurichten – zunächst als Partei des demokratischen Sozialismus, dann als Partei, die zusammen mit der WASG eine gesamtdeutsche LINKE bildete – eine Art «Brückenpartei» einer breiteren pluralen Linken. Gerade aus Sicht von Linken aus den postsozialistischen Ländern Europas, in denen die einst führende politische Klasse der kommunistischen oder sozialistischen Staatsparteien zu beträchtlichen Teilen zu führenden Kadern des Übergangs zu postsozialistischen Varianten eines Finanzmarktkapitalismus mutierten, ist die deutsche LINKE bemerkenswert. Vor allem jene, die bereits in den 1980er Jahren nach alternativen Wegen zum Sozialismus suchten, bildeten das «personelle und intellektuelle Gerüst» dieser neuen Partei, deren Programmatik sich an der Marx'schen Befreiungsthese orientiert, auf dem Weg zu einem demokratischen Sozialismus die Frage von Gleichheit, Freiheit und Gerechtigkeit neu zu denken: Freiheit ohne Gleichheit ist Ausbeutung und Gleichheit ohne Freiheit Unterdrückung. Ziel ist eine Gesellschaft, in der die Güter der Freiheit, Demokratie wie soziale Sicherheit, Frieden wie ökologischer Reichtum national, europäisch und global jeder und jedem zugänglich sind.

Heute gehört DIE LINKE neben der griechischen SYRIZA, den Linksparteien in Spanien (die 2016 als Unid@s Podemos bei den Wahlen antraten), Portugal (Bloco de Esquerda und Kommunistische Partei Portugals) und nun auch wieder in Frankreich (La France insoumise und Kommunistische Partei Frankreichs) zu den starken Linksparteien in Europa. Mit ihrer parlamentarischen Verankerung liegt sie hinter den Linken in Griechenland, Spanien, Portugal und Zypern stabil zwischen 8 und 10 Prozent. Damit ist sie ähnlich stark wie die Linksparteien in Tschechien, Irland, den Niederlanden und Frankreich.

Strategisches Ziel der Partei DIE LINKE ist eine dezidiert linke sozialökologische und solidarische Politik und die Abkehr von neoliberalen Orientierungen und Konzepten. Sie will dazu beitragen, einen Richtungswechsel der Politik durchzusetzen. Die Linkspartei hätte bei einem «Politikwechsel light» keinen wirklichen Platz in einer Regierungskoalition auf Bundesebene, weil sie erstens dafür gar nicht gebraucht wird und zugleich ihr eigenes Profil verlieren würde. Es wäre der sichere Weg in die Bedeutungslosigkeit. Besondere soziale oder auch friedenspolitische Anliegen kann sie unter den Bedingungen eines «Politikwechsels light» wie bisher mehr oder minder wirkungsvoll aus der Opposition heraus vertreten und dadurch Politik beeinflussen. Über zwölf Jahre hindurch hat ihr dies Wahlergebnisse von 8 Prozent und mehr beschert. Eine Strategie des «Weiter so», nur etwas anders, kann sehr erfolgreich von CSU, CDU, FDP, Grünen und SPD umgesetzt werden. Bei Strafe ihres eigenen Untergangs und des Ausfalls jeder linken Opposition zum Sozialliberalismus in Deutschland gilt dies jedoch nicht für die Linkspartei. Ihr Ziel, so zeigt auch der jüngste Parteitag, ist nicht die Beteiligung an einer Mitte-links-Regierung, sondern die Schaffung der *Voraussetzungen* für eine *linke* Regierung in Deutschland und die Beteiligung der LINKEN daran. Diese Bedingungen sind aber gegenwärtig nicht gegeben, wie der Ausgang der letzten Landtagswahlen, die Positionierungen von Spitzenkandidatinnen und -kandidaten der SPD, der Grünen und auch der Linkspartei sowie deren Umfragewerte deutlich machen.

Jene, die auf einen Richtungswechsel der Politik drängen, sehen bei der Dominanz eines «Weiter so» die EU als Ganzes und die Eurozone im Besonderen in Gefahr. Sie warnen vor einem Auseinanderbrechen. Sie gehen davon aus, dass heftige Erschütterungen durch weitere Finanz- und Wirtschaftskrisen, Terror und Krieg sowie ökologische Katastrophen bevorstehen und dass unsere Gesellschaft durch zunehmende Verunsicherung und Abstiegsängste größerer Teile der Bevölkerung zu zerfallen droht. Mit einem *muddling through* könne nur Zeit geschunden werden. Der Sprengstoff für die Zukunft, so die Annahme der Befürworter eines Richtungswechsels, werde so weiter aufgehäuft, während die Abwehrkräfte geschwächt würden.

Die Grundzüge einer Politik des Richtungswechsels sind oft diskutiert worden. Die vier Grundsäulen sind Gerechtigkeit, Sicherheit, Einstieg in den sozialökologischen Umbau der Gesellschaft und eine sehr offensive Politik der Solidarität und gemeinsamen Entwicklung in der EU und gegenüber ihren Nachbarn. Eine solche Politik beginnt mit Umverteilung – von den vermögenden privaten Haushalten und Unternehmen hin zu den öffentlichen und von oben nach unten. Wer die Umverteilungsfrage nicht stellt, meint es weder mit Gerechtigkeit noch gesellschaftlichem Umbau ernst. Ohne eine massive Umverteilung lassen sich die Fundamente von Sicherheit – Bildung, Gesundheit, Pflege, Integration, Kultur und auch eine ausreichende Polizeipräsenz – nicht im notwendigen Maße gewährleisten bzw. ausbauen. Gerade komplexe und fragmentierte Gesellschaften sind auf den Reichtum des öffentlichen Sektors angewiesen. Messen lassen muss sich eine solche Politik auch daran, dass sie ein Rentensystem schafft, das nicht nur armutsfest ist, sondern den erreichten Lebensstandard wieder zu sichern vermag.

Auf der Grundlage von gerechter Umverteilung und Sicherheit in einem umfassenden Sinne können dann auch andere Zukunftsfragen angegangen werden: zum Beispiel die ökologische Sanierung des gesamten Gebäudebestands unserer Städte, eine Energiewende, die die Produktion und Versorgung in die Hände der Kommunen,

der Regionen sowie sich miteinander vernetzender Genossenschaften legt und der Abkehr von der Atomkraft auch den Kohleausstieg folgen lässt, eine Verkehrswende, die den Weg zu einer autoarmen und mobilitätsreichen Gesellschaft der Zukunft öffnet, Internetbibliotheken mit freiem Zugang zum Wissen der Gegenwart und der Vergangenheit. Der deutsche Staat sollte Geld für umfangreiche Experimente mit neuen Produktions- und Lebensweisen bereitstellen, beginnend beim Grundeinkommen (wie in Finnland) über den entgeltfreien öffentlichen Personennahverkehr (wie in Estlands Hauptstadt Tallinn) bis hin zu klimaneutralen Kommunen (wie es z. B. Ludwigsburg anstrebt). In Zeiten der Unsicherheit sind Vielfalt und Experimente die entscheidenden Voraussetzungen, um für die Zukunft zu lernen und um auf Krisen schnell und intelligent reagieren zu können. Diese Ansätze sind auch EU-weit von Bedeutung. Den Jahrzehnten der Integration Europas über die Märkte und Konkurrenz der Standorte, Jahrzehnten einer negativen Integration also, müssen jetzt Jahrzehnte folgen, in denen eine positive Integration, die auf Solidarität und Kooperation setzt, im Vordergrund steht. Eine Währungszone ohne eine aktive Umverteilung, mit der die Entwicklungspotenziale aller Mitglieder gestärkt werden, kann keinen Bestand haben. Eine Union formal gleicher Staaten, in der die Starken die Schwächen abhängen, ist dem Untergang geweiht. Das immer wieder beschworene Friedensprojekt EU lassen wir uns derzeit nur 1,2 Prozent des Bruttosozialprodukts kosten. Das kann nicht funktionieren. Und immer mehr Anrainerstaaten, in denen die Menschen die Hoffnung auf ein würdiges Leben verloren haben, gehen in Bürgerkrieg und Terror unter, angeheizt durch externe Parteien und Militärinterventionen. Die europäische Politik hat die notwendigen Konsequenzen aus dieser Lage noch längst nicht gezogen. Die bisherige Krisenpolitik hat den Zusammenbruch der Eurozone zwar verhindert, aber keine solidarische Entwicklungsdynamik ausgelöst.

Dies alles hat auch eine geschlechterpolitische Dimension: Eine linke feministisch-gesellschaftspolitische Position, wie sie auch in Wahlprogramm und strategischen Überlegungen der Partei DIE LINKE eine Rolle spielt, orientiert die gesellschaftlich drängende Frage nach einer grundlegenden Umstrukturierung des Verhältnisses von Care- und Erwerbsarbeit auf eine transformative Perspektive, die nicht einfach auf die «Vereinbarkeit» von Familie und Beruf auf Kosten von Frauen gerichtet ist. Vielmehr steht die grundlegende Frage nach einer Neustrukturierung der gesamten sozialen Reproduktion zur Diskussion: Wie kann eine geschlechtergerechte und sozialökologische Transformation der Gesellschaft aussehen, die den Zusammenhang von Arbeits- und Care-, von Ernährungs- und Versorgungsstrukturen solidarisch herstellt?

DIE LINKE will in breiten Bündnissen eine postneoliberale soziale und ökologische Transformation des Kapitalismus erreichen. Aber bereits im Rahmen des Kapitalismus unterstützt sie, orientiert an sozialistischen Werten, Projekte des Einstiegs in eine Entwicklung über den Kapitalismus hinaus. DIE LINKE schickt sich programmatisch an, eine demokratische innersystemische Transformation des Kapitalismus mit einer systemüberschreitenden Transformation zu verschränken – zu einer doppelten Transformation. DIE LINKE beschränkt sich nicht darauf, in der Abwehr neuer konservativer und marktliberaler Angriffe einen erträglicheren Kapitalismus erreichen zu wollen und erst danach, säuberlich getrennt von diesem voraussichtlich langwierigen Prozess, eine sozialistische Gesellschaft anzustreben. Vielmehr sucht sie in den gegenwärtigen Kämpfen um jede nur mögliche Verbesserung für die Mehrheit der Bevölkerung gemeinsam mit anderen Kräften nach Ansätzen für ein wachsendes Gewicht potenziell sozialistischer Prozesse, Institutionen und Projekte. Im Erfurter Programm der Linkspartei von 2011 heißt es daher: «Dieser Prozess wird von vielen kleinen und großen Reformschritten, von Brüchen und Umwälzungen mit revolutionärer Tiefe gekennzeichnet sein.»

Die Partei DIE LINKE hat bei den Wahlen im zurückliegenden Jahr vor allem in den Stadtstaaten Berlin, Hamburg und Bremen gute Ergebnisse erzielt, während sie in den Flächenstaaten geringere Gewinne verbuchen konnte, zum Teil auch deutliche Verluste hinnehmen musste. Auffällig ist, dass die Partei gerade in den Milieus und Schichten (Arbeiterinnen und Arbeiter, Personen mit mittlerem Bildungsabschluss, Altersgruppe zwischen 45 und 60 Jahren) relativ stark verloren hat, in denen sie in den Jahren 2005 bis 2010 überdurchschnittlich zugelegt hatte. Dafür gewann sie bei den unter 35-Jährigen überdurchschnittlich stark hinzu, vor allem in universitären und akademischen Kreisen. Die Gewinne können die Verluste nicht kompensieren, allein schon, weil die jüngeren Alterskohorten kleiner sind als die älteren. Die aktuellen Zugewinne bei bestimmten Bevölkerungsgruppen können jedoch auf die eindeutige Positionierung der Partei in gesellschaftlichen Debatten über globale Gerechtigkeit, Gleichheit, Zuwanderung und Erstarken der Rechten im populistischen Gewand zurückgeführt werden.

Das im Juni 2017 verabschiedete Wahlprogramm der Partei DIE LINKE stellt vor allem die Interessen ihrer Stammwählerinnen und -wähler in den Vordergrund (gute Arbeit, sichere Rente, gerechte Sozialsysteme) und verbindet diese mit den emanzipatorischen Anliegen einer feministischen, antirassistischen und antimilitaristischen Politik sowie dem Projekt europäischer und internationaler Solidarität. Das Letztere sind Anliegen, die insbesondere den jüngeren und akademisch geprägten Gruppen wichtig sind, die sich der Partei neu zugewandt haben. Damit wird das jetzige Profil ergänzt und in gewisser Weise stabilisiert. Weiter gehende Fragen werden sich erst nach der Bundestagswahl im September stellen. Die Linke in Deutschland muss sich darauf einstellen, zum einen unter den Bedingungen einer ständig gefährdeten und fragilen neoliberalen Wei-

ter-so-Politik konkrete soziale, ökologische, demokratie- sowie friedenspolitische Themen und Forderungen auf die Tagesordnung zu setzen und so die Politik zu beeinflussen. Zugleich muss noch intensiver daran gearbeitet werden, die Voraussetzungen für einen politischen Richtungswechsel herbeizuführen, dazu einen wirk-samen gesellschaftlichen und politischen Dialog zu pflegen, klare Konfliktlinien aufzubauen und sich auf noch heftigere Krisensituationen vorzubereiten. Dies verlangt, mit den Widersprüchen einer derartigen Doppelstrategie in angemessener Weise umzugehen.

Erneut stellt sich die Frage: Was kann getan werden, dass aus einer flüchtigen Beziehung zwischen Partei und neuer Wählerschaft eine feste Beziehung entsteht, ohne Teile der Stammwählerinnen und -wähler zu vergraulen? Es geht um ein solidarisches Unten-Mitte-Bündnis verschiedener Milieus – ein Bündnis, das von Langzeiterwerbslosen, Leiharbeiterinnen und -arbeitern, Beschäftigten im Pflege-, Gesundheits- und Bildungswesen bis hin zu akademischen Kreisen mit sozialer Einstellung auf der Suche nach umfassenderen Alternativen reicht. Es müsste erstens möglichst viele von den Menschen erreichen, deren persönliche Lage schlecht ist und die mit der herrschenden Politik zutiefst unzufrieden sind. Sie gehören zu denen, die starke Zukunftssorgen haben und sich von Veränderungen bedroht fühlen. Zweitens geht es um jene, die zwar noch gut über die Runden kommen, aber ständig gehetzt und überarbeitet sind, weil sie unter anderem vor der Aufgabe stehen, die sehr gegensätzlichen Anforderungen in der Erwerbswelt und in der Familie zu erfüllen. Und es ginge drittens um kritische, gut gebildete Fachkräfte, die selbst über weitreichende Teilhabechancen verfügen, aber den Eindruck haben, dass es grundsätzlicher Veränderungen bedarf, um die vielen drängenden Zukunftsprobleme zu lösen. Sie suchen nach neuen Möglichkeiten, sich zu engagieren und die Gesellschaft sozialökologisch zu verändern. Viele haben radikaldemokratische Einstellungen. Ein solches Bündnis würde einen «Dritten Pol», einen «Pol der Solidarität» im Gegensatz zur neuen Rechten und zu den neoliberalen Orientierungen in der Gesellschaft bilden.

Ein solcher «Dritter Pol» existiert schon «an sich», am sichtbarsten ist er sicherlich in den unzähligen Willkommens- und Bürgerinitiativen sowie in den diversen sozialen Bewegungen. Er hat aber noch keinen entsprechenden politischen Ausdruck gefunden. Daran gilt es zu arbeiten, sollen die Bedingungen für einen Richtungswechsel in der Gesellschaft – und an der Regierung – geschaffen werden. Hier ist die LINKE ein unverzichtbarer Teil und Motor. Sie ist in der Pflicht, den parteipolitischen Raum, den SPD und Grüne lassen, von links offensiv zu besetzen. Eine Verankerung des «Dritten Pols» zeigt sich bisher vor allem in der «solidarischen Mitte», überdurchschnittlich stark bei den formal Höherqualifizierten, in urbanen Milieus und Klassenfraktionen. Noch findet er sich kaum in den popularen Klassen, in der bedrohten Mitte und im Prekariat. Dieses Problem gilt auch für die Partei DIE LINKE, die mittlerweile stark akademisiert ist. Für ein unverzichtbares Mitte-Unten-Bündnis fehlt weitgehend das «Unten». Die Linke erreicht große Teile der popularen Klassen nicht mehr, verliert sie an die Rechten. Noch häufiger ziehen diese sich zurück, gehen erst gar nicht mehr wählen. Diese klassenspezifische Entmutigung ist ein existenzielles Problem für die gesamte Linke.

Daher ist ein Perspektivenwechsel erforderlich: Es braucht eine neue Klassenpolitik, die die Vielfältigkeit von Interessen des linken Mosaiks nicht negiert und die alten Fragen des «Was tun?» und «Wer tut es?» neu stellt. Es gibt Gegner und sie müssen klar benannt werden. Ein bloßes Zurück zum alten Klassenkampf kann es nicht sein. Rassismus, Geschlechterverhältnisse und soziale Fragen sind untrennbar miteinander verwoben. Differenzen sollten nicht als Nebenwiderspruch behandelt, sondern Interessen aktiv verbunden werden. Das geht nur, wenn man es mit den Leuten selbst macht, in ihrem Lebensalltag präsent ist, sich gemeinsam mit ihnen in den Vierteln und im Betrieb organisiert, Menschen hilft, sich selbst zu ermächtigen. Auf dieser Basis kann auch die Glaubwürdigkeit von Parteipolitik zurückgewonnen werden, auf die eine funktionierende parlamentarische Vertretung angewiesen ist. Konkret heißt das, rauszugehen, reale Verbindungen mit den popularen Klassen aufzubauen. Eine stärkere soziale Basis zu organisieren ist unverzichtbar, um als Linke wirksam zu werden. Einiges ist durch die Partei DIE LINKE in den letzten Jahren bereits auf den Weg gebracht worden, etwa mit Organizing-Projekten in sozial benachteiligten Stadtteilen oder einem «aufsuchenden Wahlkampf», bei dem man nicht länger darauf wartet, dass die Menschen zu einem kommen, sondern zu ihnen nach Hause geht.

Die Partei DIE LINKE hat hier eine Verantwortung, der SPD und Grüne sich (bisher) nicht stellen wollen: Sie muss eine Alternative verkörpern, die mit der Politik des «Weiter so» bricht. Und zugleich besteht die Chance, mit einer «neuen» feministischen, antirassistischen und ökologischen Klassenpolitik den falschen Gegensatz zu den vermeintlich weichen Themen zu überwinden. Feminismus und Ökologie sind nicht nur Elitethemen – es sind Klassenfragen. Nur zusammengedacht lässt sich der «Knoten» aus unterschiedlichen Herrschaftsverhältnissen durchtrennen. Eine neue Klassenpolitik lässt sich außerdem nicht im nationalstaatlichen Rahmen denken. Sie muss internationalistisch für globale soziale Rechte eintreten, wenn sie nicht neue Ausschlüsse produzieren soll. Denn die Klasse selbst ist vielfältig: Sie ist auch weiblich, migrantisch, vielfarbig, verfügt über diverses Wissen und verschiedene Qualifikationen, hat unterschiedliche sexuelle Orientierungen, kulturelle Identitäten und Praxen. Und längst ist sie über transnationalen Produktionsketten in der Arbeit miteinander verbunden, zumindest wird sie grenzüberschreitend ausgebeutet. Die soziale Frage muss also auch aus der

Perspektive der Migration gestellt werden. Ein Ansatz, der die universellen sozialen, kulturellen und politischen Rechte ernst nimmt, ergänzt dabei einen klassenbasierten Ansatz. Beide zielen auf Organisierung und gemeinsame Aneignung von gesellschaftlichen Lebensbedingungen. Es geht um die solidarische Bearbeitung von Widersprüchen, um eine neue Klassenpolitik, die sich mit einer demokratischen Lebensweise verbindet. Dies aber ist ohne die Perspektive einer grundlegenden gesellschaftlichen Transformation unmöglich. Unsere Vorstellungen von einer solidarischen, demokratischen, feministischen, antirassistischen Postwachstumsperspektive gilt es bei einem neuen alten, bei einem unabgeholten Namen zu nennen und gemeinsam dafür zu streiten, was er im 21. Jahrhundert bedeuten soll: Sozialismus – eine gute, eine solidarische, eine gerechte Gesellschaft, das Einfache, das schwer zu machen scheint. Nicht alle werden dies unterschreiben können, aber eine Transformationslinke sollte innerhalb des Mosaiks für einen solchen Sozialismus stehen.